

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 M., bei Selbstabholung 4.25 M.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für 1 Monat 5.— M.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauschert Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 003.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Kolonetzelle 1.55 M. — Die 7spaltige Kolonetzelle mit Platzvorschrift 1.85 M. — Die 7spaltige Kolonetzelle Familiennachrichten 1.40 M. — Die Meliame-Kolonetzelle 0.25 M.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauschert Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Reichswehr = Greuel im Ruhrrevier.

Ein teilweiser Rückzug der Reichswehr im Ruhrrevier.

Berlin, 14. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber einen teilweisen Rückzug der Reichswehr aus dem Ruhrgebiet berichtet ein Telegramm der Freiheit:

Die Reichswehrruppen sind aus Ferkeln zurückgezogen worden. Dieser Rückzug ist auf die Forderung der Sagenen Arbeiterschaft zurückzuführen, die erklärt haben, daß die Flüchtlinge aus dem letzten Gebiet nur dann mit dem vollen Heeresgut nach Sagen zurückgeführt werden, wenn durch einen überall zu erfolgenden Rückzug der Reichswehr auch im Gebiet nördlich der Ruhr völlige Sicherheit für sie geschaffen sei.

Es ist zunächst, fährt das Telegramm fort, bezeichnend für das geringe Vertrauen, das Versprechungen der Reichswehr verdienen, daß in Ferkeln während der Besetzung durch die Reichswehrruppen kein Rückzug stattfand, die an dem Kampf teilgenommenen Genossen, trotzdem sie ihre Waffen bereits vor dem 2. April abgeliefert hatten, zu verhaften.

Aber noch schlimmer war das Verhalten der Reichswehr in Sagen. Die Schwärmer Arbeiter waren nach Sagen geflüchtet, von wo man sie dauernd durch Versprechungen auf völlige Sicherheit zur Rückkehr nach Sagen zu bewegen suchte. Man wies sie solange in Sicherheit, bis alle Genossen, die die Reichswehr suchte, wieder anwesend waren. Dann wurden sie aber sämtlich verhaftet, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden.

Ein Teil der Reichswehr ist nach Süddeutschland und dem Vogtland abtransportiert worden.

Die Reichsregierung bemüht sich weiter, die Macht der Offiziere einzuschränken. Um Ueberschüsse bei Verhaftungen zu verhindern, hat sie jetzt bestimmt, daß nur der am Ort diensttätige Offizier Verhaftungen vornehmen kann und zwar im Einvernehmen mit den Gemeindeführern. Ob das aber wirklich an dem bis zum Terror ausgebreiteten Verhaftungssystem etwas ändern wird? Wir sind misstrauisch.

Bezeichnenderweise weist die heute einetroffene Montagsnummer des Ruhr-Echo auf der ersten Seite einen einseitigen Spalten großen weichen Fleck auf. Seine Entstehung wird erklärt im Leitartikel. In dem der Genosse Kachelle von einer Unterredung mit den Spitzen des Militärs, dem Zivilkommissar Obermeyer und dem Minister Giesberts berichtet.

Es wurde... über die Schrecknisse des Ruhr-Echo in der Samstagnummer gesprochen. Man gab mir von allen Seiten zu verstehen, daß der Artikel und die Mitteilungen, die im Anschluß daran gemacht sind, eine sehr erregte Stimmung unter der Reichswehr hervorgerufen hätten. Ich hatte das Gefühl, daß man eine Fortsetzung der Mitteilungen über Ausschreitungen des Militärs nicht lesen will. Das allein würde mich nicht abhalten, pflichtgemäß und in Erfüllung der Aufgaben des Redakteurs einer Arbeiterzeitung das zu sagen, was nach meiner besten Überzeugung wahr ist. Ich bemerke aber den Eindruck, daß mit einer Disziplinlosigkeit (um es gelinde auszudrücken) des Militärs zu rechnen ist: das heißt, daß die Brutalität und Reaktionen des Ruhr-Echo vor einer Persiflage nicht geschützt sind. Wenn ich also noch am Samstag feststellen konnte, daß das Ruhr-Echo nicht unter Zensur steht, so muß ich heute mitteilen, daß sich in diesem Zustande zwar formell nichts geändert hat. Doch waren die Mitteilungen am Samstag abend deutlich genug. Ich habe verstanden.

Ich bitte also unsere Leser und Freunde um Entschuldigung, wenn ich über das, was heute jeden Arbeiter im Innersten bewegt und erschüttert, nichts mehr sage. Es ist aber dafür gesorgt, daß die Wahrheit doch ans Licht kommt. Ein Kurier ist bereits in Berlin eingetroffen und hat das gesamte Material nach Sagenbeweiser dort vorgelesen. Hoffentlich kommt nun bald Hilfe. Die letzten Tage haben mich einen Einblick tun lassen in eine solche Hölle von Elend wie sie noch nie in meinem Leben in so kurzer Zeit auf mich einwirkte. Väter und Mütter, die ihren Sohn beweinten, Frauen, die um den Gatten trauernden, weinende, brave Parteigenossen, die mir sehr langsam bekannt sind und für deren Ehrenhaftigkeit ich einstehen und ihren lachend ansehenden Körper.

Ich hatte bereits weitere Schilderungen von Ausschreitungen im Laufe des Samstags lesen lassen, die für die heutige Montagnummer bestimmt waren. Bei unseren primitiven technischen Einrichtungen war es nicht möglich, an Stelle dieser letzten Sagen andern Lesesatz rechtzeitig fertigzustellen. Ich habe mich also entschlossen, die fraglichen Schilderungen im letzten Augenblick aus dem Satz herauszuheben und die Stellen weis zu lassen. Morgen werden wir wieder die Zeitung in normaler Weise, natürlich unter den vorstehend angegebenen Einschränkungen, herauszugeben.

Als Ergebnis unserer Besprechung am Samstagabend war von der Militärbehörde in Aussicht gestellt worden, daß im Polizeipräsidium ein Beamter mit der Untersuchung der vom Ruhr-Echo erhobenen Anschuldigungen beauftragt werden soll. Ich sollte unsere Zeitungen berichten. Nachdem aber gestern die bürgerliche Presse meldet,

Herr Oberst von Raumbach verlange von der Regierung völlige Handlungsfreiheit und vor allem das Ständrecht, kann ich es nicht verantworten, die Jungen zum Präsidium zu entsenden. Diese Meldung ändert überhaupt die ganze Situation entscheidend. Noch am Samstagabend hat der Herr Oberst von seiner Absicht keine Silbe erwähnt. Ich muß also annehmen, daß der Krieg an die Arbeiterkraft in aller Form erklärt werden soll. Unsere Genossen müssen daraus selbst die Schlusfolgerungen ziehen, das heißt, jeder, der Grund hat, eine Demonstration, wenn auch eine unehrliche, durch einen persönlichen Feind zu führen, muß sein Leben in Sicherheit bringen.

Die bürgerliche Presse und auch die Arbeiter-Zeitung erwähnt von unsern durch Zeugenebeweis gestützten Mitteilungen keine Silbe. Dafür schweigt sie in beängstigender Weise in Schilderungen über „spartakistische Verhaftungen“. Ueber diese Verhaftungen wird noch zu reden sein. Das Urteil über die Haltung der bürgerlichen Presse und der Arbeiter-Zeitung überlasse ich jedem Menschen, der noch imstande ist, anständig und gerecht zu denken.

Ein Feldzug gegen Gotha.

Die Reichsregierung läßt durch Wolffs Bureau melden, daß die Verhältnisse in Gotha es als erforderlich erscheinen lassen, unter Verhängung des Ausnahmezustandes einen Reichskommissar dorthin zu entsenden, der für die baldige Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Sorge tragen müsse. Seine Aufgabe soll vor allem sein, mit möglicher Beschleunigung Neuwahlen zum Landtage herbeizuführen, damit eine verfassungsmäßige Regierung gebildet werden kann. Der Regierungskommissar sei angewiesen worden, sich zu bemühen, die gegenwärtige Regierung zur sachgemäßen Mitarbeit bei Erfüllung ihrer Aufgabe heranzuziehen.

Der Unabhängigen Regierung des Freistaates Gotha werden dann eine Reihe von Vorwürfen gemacht; sie soll verfassungswidrig einen widerrechtlich zustand gekommenen Beschluß des Gothaer Landtags zur Durchführung gebracht und während des Rapp-Butsches ihre hauptsächlichsten Befugnisse verfassungswidrig auf einen Volkstagsrat übertragen haben. Ohne daß sie eingeschritten wäre, sei in Gotha Reichseigentum im Werte von vielen Millionen zerstört worden. Die Abgeordneten aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen hätten darauf ihre Mandate niedergelegt, so daß eine ordnungsmäßige Tagung des Landtags nicht mehr möglich sei. Die Regierung aber habe Neuwahlen verweigert.

Die Rechtsauffassung der Reichsregierung über das, was in Gotha verfassungswidrig ist, ist natürlich höchst parteiisch. Unsere Genossen haben ihr Recht ausgeübt gegen die Obstruktion der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition. Die Koalitionsregierung des Reichs fällt ihnen in den Rücken. Sie beweist auf einmal Energie, die sie sonst nicht aufzubringen weiß. Sie hat Truppen für einen Feldzug gegen Gotha abgibt, während sie keine hat, um die gegenrevolutionären Nester in Pommern auszuhöhlen oder die Brigade Ehrhardt oder Baltikumer zu entwaffnen!

Die militärische Besetzung des Voollandes.

Blauen i. V., 14. April. (MVB.) Unter klingendem Spiel ist heute die Reichswehr in Blauen einmarschiert. Sie bestand aus preussischen Truppen des 1. Infanterie-Regiments. Die Truppen wurden von der Bevölkerung freundlich begrüßt.

Klingenthal, 14. April. (MVB.) Heute früh sind hier Reichswehrruppen in großer Zahl eingetroffen. Die Grenze auf böhmischem Gebiete ist von tschechoslowakischen Truppen stark besetzt. Dals ist heute Nacht mit seinen Anhängern von hier vertrieben. Einige Nachzügler wurden verhaftet. Die Leute des Orts, die über Unterfahnenberg und Jagersgrün geflüchtet sind, haben bei Zwotenthal die Eisenbahnbrücke zerstört und die Gleise gelockert. Der Verkehr zwischen Zwotenthal und Klingenthal ist einseitig.

Schönewitz, 14. April. (MVB.) Hier sind heute früh Reichswehrruppen durchmarschiert. Als sie erfuhren, daß Rotgardisten in den Gützhäusern übernachteten, holten sie diese aus den Betten und nahmen sie fest. 4000 Mann wurden den Rotgardisten abgenommen und der Polizei übergeben.

Politischer Generalstreik in Irland.

Amsterdam, 13. April. Wie Telegramm aus London meldet, hat der irische Generalstreik sich zusammen mit der irischen Arbeiterpartei eine allgemeine Arbeitsniederlegung verkündet als Protest gegen die Verhandlung der politischen Gefangenen, darunter auch der Sinnfeurer, durch die Engländer. Alle Betriebe und Verkehrsmittel in Irland sollen stillgelegt werden, bis die politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt sind. — Nach einer Savoy-Meldung aus London hat der Streik bereits eingesetzt und scheint erukeren Charakter anzunehmen. Er soll so lange dauern, bis alle Gefangenen in Freiheit gesetzt sind. Die Gewerkschaften in Belfast und im Norden leisten angeblich „im allgemeinen dem Streikbefehl keine Folge“.

Die gegenrevolutionäre Koalition.

Berlin, 13. April.

Der Värm des Wahlkampfes erfüllte gestern den Plenarsaal der Nationalversammlung. Die bürgerlichen Parteien hatten eine heftige Auseinandersetzung unter sich. Aus den Tagen des Rapp-Butsches suchten sie die Wahlpatrioten für die kommenden Wahlen zu entführen. Die Koalitionsparteien greifen die Rechtsparteien an wegen ihres Sympathisierens mit den Unruhigern. Die Rechtsparteien antworteten, indem sie Rapp verleugneten und die Koalition wegen des Generalstreiks attackierten. Man suchte einander die Blanke abzugewinnen, um im Wahlkampf die Entscheidung für sich herbeizuführen. Unter diesem Gesichtspunkte geführt, zeigte die Debatte keine große Linie, und bei der Rede des Antisemiten Lattmann fiel sie gar auf das Niveau einer antisemitischen Kadaverfeier. Die Demokraten begnügten sich mit der Abgabe einer kurzen Erklärung, und was Herr Dr. Most von der Deutschen Volkspartei zu sagen wußte, war sehr schwach.

Bei diesem Kampf hatte die rechtssozialistische Partei keine günstige Position. Sie wird und kann die kämpfenden Parteien aus ihren eigenen Reihen nicht verteidigen, ohne die Koalition zu berühren, und sie kann andererseits nicht die Koalition verteidigen, ohne einen großen Teil ihrer Anhänger, und zwar die besten, vor den Kopf zu stoßen. Die Koalitionsregierung rächt sich!

Die rechtssozialistische Fraktion hat in dieser Debatte einen ihrer besten, den Abgeordneten Hübner vorgeschickt. Aber die Schwäche ihrer Politik bewirkte eine Schwäche der Rede Hübners. Ein wenig bürgerlich-demokratische Ideologie, ein wenig theoretischer Pazifismus und ein wenig soziale Demagogie, das war der Inhalt seiner Rede. Was haben die rechtssozialistischen Arbeiter von einem theoretischen Bekenntnis ihrer Partei zur Sozialisierung zu erwarten, wenn ihre Vertreter in der Regierung eine Politik betreiben, deren letztes Ziel es schließlich ist, den Sozialismus zu hintertreiben. Hübner richtete an die Regierung die Frage, welche Schritte sie zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues zu tun gedenke. Warum richtete er diese Frage nicht in seiner Fraktion an seine Genossen, die in der Regierung sitzen? Warum macht seine Fraktion ihre Beteiligung an der Regierung nicht abhängig von dieser Frage?

Die stärkste Stellung unter den bürgerlichen Parteien hat unter der Herrschaft der Koalitionsidee unzweifelhaft das Zentrum. Die Rede, die der Abgeordnete Trimborn gehalten hat, war ein schwerer Schlag für die rechtssozialistische Partei. Diese Rede übertraf an scharfem acherischen Tendenz selbst das, was bisher von den Heißspornen der Deutschnationalen gesagt wurde. Mit unverhüllter Offenheit sprach Trimborn aus, daß die Koalition ein Bollwerk sei gegen die Arbeiterschaft, gegen eine sozialistische Regierung. Ständrecht und Einschränkung des Begnadigungsrechts — Vormarsch südlich der Ruhr — freie Hand für die Reichswehroffiziere — Todesstrafe für alle die, die Waffen nicht abliefern — das waren die Zentrumsforderungen! Das Zentrum sichert seine Position. Es drängt die Rechtssozialisten dazu, entweder völlig ins Schlepptau des Zentrums zu geraten und die eigene Politik preisgeben, oder aber die Koalition zu verlassen und für diesen Fall schlägt das Zentrum seine Brücke nach rechts.

Solche Wahltaktik aber ist nur möglich für eine Partei, die im Grundzug ihres Wesens konterrevolutionär und stöckerreaktionär ist. Denn diese Wahltaktik bedeutet im Effekt eine Ermattung der militärischen Parteien, eine Stärkung der reaktionären Elemente und außenpolitisch eine Vermehrung der Durchfrankheit vor der militärischen Reaktion. Das Zentrum führt die Koalition, es ist das aktive Element. Dadurch ist die Koalition gekennzeichnet als Instrument der Gegenrevolution.

Die Greuel der Reichswehr im Ruhrrevier.

Am Montag hat der Reichsminister Müller in seiner Schlußrede in der Nationalversammlung von „einzelnen Ausschreitungen“ der Reichswehr im Ruhrrevier gesprochen. Das ist eine der beliebtesten Veruschungen entsetzlicher Taten. Der weiße Schrecken beschränkt sich selber nicht auf „einzelne Ausschreitungen“, und jene Flüchtlinge, die sich vor ihm in Sicherheit brachten und auf den schönen Ruf der Herren Watter und Severing, der dem Willen der Soldateska noch genügend Raum läßt, keinen Piffkerling geben, haben nur zu recht. Wie die verhehrt, mit Volkswirtschaften zur Pogromstimmung gebrachte Soldateska unter den unglücklichen Arbeitern